

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertzjährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.;
bei direkter Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Christlich-Sozialen)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 80.

Berlin, Mittwoch, 9. Oktober 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Eine Arbeiterfraktion im preussischen Landtage. — Die Arbeiterfrage und Arbeiternot in der Landwirtschaft. — Eingeliebt macht laut. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereine-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Eine Arbeiterfraktion im preussischen Landtage.

Wie wir vor kurzen mitteilen konnten, hatte auch die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ zu dem Pläne des christlich-nationalen Arbeiterausschusses, bei den nächsten preussischen Landtagswahlen eigene Kandidaten aufzustellen, ihre Meinung geäußert. Das Unternehmerorgan erklärte damals, daß es gegen eine besondere Arbeiterfraktion nichts einzuwenden hätte. Nur müßte sie ein für allemal darauf verzichten, etwa für die Einführung des Reichstagswahlrechtes auch für den preussischen Landtag Propaganda zu machen. Wir haben schon damals darauf hingewiesen, daß unter dem jetzigen Wahlsystem eine besondere Arbeiterfraktion zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt wäre und daß von einem stärkeren und gebührenden Einfluß der Arbeiter im preussischen Landtage nur erst dann einmal die Rede sein kann, wenn die Wahlen nach dem Reichstagswahlrecht stattfinden.

In ihrer neuesten Nummer geht die „Arbeitgeber-Zeitung“ nochmals auf diese Angelegenheit ein und vermahnt sich gegen die Angriffe, die seitens der sozialdemokratischen Gegner und der radikalen Sozialreformer von der bürgerlichen Linken gegen sie gerichtet worden sind. Bei seiner Verteidigung aber enthüllt das Blatt mit den besten Deutlichkeit ganz offen die Beweggründe, die es zu seiner Stellungnahme veranlaßt haben und die wir ihm neulich unterstellten. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ erklärt ganz offen, daß es sich für sie einzig und allein um den Umfang handelt, den die Vertretung der Arbeiterinteressen im Landtage gewinnen darf, ohne ein das nationale Gesamtwohl gefährdendes Uebergewicht zu erlangen. Das heißt mit anderen Worten: Sie hat nichts dagegen, daß eine Arbeiterpartei in das preussische Abgeordnetenhaus einzieht; sie darf aber nur so klein sein, daß sie keinen Einfluß ausüben kann. Ebenso offen gibt das Blatt dann auch zu, daß sie in einer neuen christlich-nationalen Arbeiterfraktion einen Schutzwall erblickt gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Preußen, weil dieses „auf eine Terrorisierung aller anderen Berufsstände durch die an Mitgliedern reichste Erwerbsklasse, nämlich die Arbeiterklasse, führen müsse“. Daraus aber folgt noch lange nicht, daß die Arbeitervertretung im Parlament „klein und einflusslos“ sein brauche.

Das sind so offensbare Widersprüche, daß wir es uns verlagern dürfen, näher auf eine Kritik einzugehen. Doch hören wir die „Arbeitgeber-Zeitung“ weiter! Die Ständevertretung werde durch Bildung einer besonderen Arbeitergruppe im Parlament offener und klarer zutage treten als heute. Darin erblickt das Unternehmerorgan einen Vorteil. Wenn auch heute die verschiedenen Parteien mit Vorliebe so tun, als wenn sie keine besonderen Ständevertretungen wären, so wöhne ihnen allen doch eine derartige Lenbung inne, und die „Arbeitgeber-Zeitung“ hält es für gut, daß die Parteien lediglichen Ständevertretungen find. Es würde sich dann viel leichter ein Ausgleich auf der mittleren Linie erzielen lassen als jetzt. Das innere politische Leben und Treiben würde sich weit klarer und

übersichtlicher gestalten und die parlamentarischen Sitten und Gebräuche besser werden.

Die verschiedenen Parteien sollen also nicht mehr sich in ihren Beschlüssen leiten lassen von dem Allgemeininteresse, sondern von den Interessen derjenigen Klassen, die sie gerade vertreten. Die Klassenforderung der Bevölkerung würde damit zur ausgesprochenen Tatsache werden. Der Kampf aller gegen alle würde in das Parlament einzichen. Wenn eine Partei für die von ihr vertretene Bevölkerungsschicht Anträge stellt, so würden die anderen geschlossen gegen sie auftreten; eine allgemeine Herrichtung der politischen Verhältnisse müßte eintreten und das Parlament völlig zur Ohnmacht herabsinken. Inwiefern alle diese Bedenken machen auf die „Arbeitgeber-Zeitung“ nicht den geringsten Eindruck. Der sollte sie so kurz-sichtig sein, daß sie diese Folgen nicht im voraus erkennt?

So intelligent ist allerdings das Unternehmerorgan auch, daß es einseht, daß die Partei, die den Arbeiterstand vertreten würde, die stärkste sein würde, immer vorausgesetzt, daß die Wahl auf Grund eines gleichen Wahlrechtes stattfindet. Das darf natürlich nicht geschehen und deswegen darf die Festhaltung der Zukunft nicht von der Zahl, sondern von dem Wert der Wählerstimmen abhängig gemacht werden. Selbstverständlich ist das Blatt der Meinung, daß eine Arbeiterstimme nicht enger den Wert hat, wie die eines Ingenieurs oder gar eines Arbeitgebers oder auch nur Aktionärs. Also auch nur von einem gleichen Wahlrecht darf nicht die Rede sein. „Dem Arbeiterstand soll“, so schließt der Artikel, „sein volles Recht werden, ohne daß inwiefern die berechtigten Interessen der übrigen Berufs-kategorien nur etwas auf Grund eines Systems, demzufolge die Stimmen gezählt und nicht gewogen werden, der Nichtbeachtung anheim fallen. Denn der Arbeiterstand allein kann weder die Kultur, noch den Staat aufrecht-erhalten“.

Demgegenüber gestatten wir uns die Bemerkung, daß noch viel weniger das Unternehmertum allein in stande ist, Kultur und Staat aufrecht zu erhalten. Beide Faktoren, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sind aufeinander angewiesen, sind gleichwertig und gleichberechtigt. Diese Gleichberechtigung werden sich die Arbeiter erkämpfen, gleichviel ob es der „Arbeitgeber-Zeitung“ paßt oder nicht.

Die Arbeiterfrage und Arbeiternot in der Landwirtschaft.

Schon ist das Landleben, noch schöner ist der Beruf des Landwirts, wenn der Sandboden schwache Winter, warme Frühjahre, seichte Sommer und eine trockene Erntezeit hat; wenn es dem Weizen, Brod- und Maisboden nicht an Sonne fehlt; wenn man gute Freunde und getreue Nachbarn hat, die in den Tagen der Not hilfreich und gern die Hand reichen; wenn Unglücksfälle fern bleiben. Aber mindestens ebenso wichtig, wie alles Genannte zusammen, ist eine zuverlässige, treue Arbeiterschaft, die in guten und bösen Tagen ihrem Arbeitgeber treu zur Seite steht. Wieviel in den letzten Jahren über die Arbeiternot in der Landwirtschaft geschrieben ist, weiß ja wohl ein jeder. Hunderte von Aufsätzen, Tausende guter Ratsschläge! Schade nur, daß diejenigen, die am lautesten zu Klagen hatten, nicht auch einmal über die bei ihnen vorhandenen Arbeiterverhältnisse berichteten.

Ich für meinen Teil will mich in folgendem dieser Aufgabe unterziehen.

Mit dieser Einleitung beginnt eine längere Zeitschrift, die uns von einem liberalen Gutsherrn zugegangen ist und die am allerbesten zeigt, wie man der Not auf dem Lande wirksam entgegenzutreten kann. Nachdem der Verfasser auf gewisse Missstände hingewiesen hat, die man sonst allenthalben auf dem Lande antrifft, fährt er fort:

„Nun wird wohl mancher denken und fragen: wie sieht denn bei Postel aus mit den Arbeiterverhältnissen! Hier- von ist, und zwar klipp und klar! Nichts hinausgerat, auch nichts fortgelassen, ganz unbestimmt, so manches Ratslos oder Kopfwehtun hervorruft. Ich bin in der Welt in jungen Jahren als Soldat und Inspektor sichtlich betra- getommen und habe manche Arbeiterverhältnisse kennen ge- lernt. Jeder weiß, daß es dem Kräftigen nicht immer gleich geht, Vertrauen zu erwecken. Auch die höchsten Arbeiter ließen sich erst noch und nach bereit finden, bei mir Arbeit zu nehmen, um aber jetzt um so fester für mich einzustehen. Reife schriftlichen Kontrakt mache ich nicht mit meinen Leuten. Jeder kann sein Arbeitsverhältnis lösen, wann es ihm gutdünkt, ohne zu kündigen, ganz gleich, ob Sommer oder Winter. Ich dagegen beantrude nicht das Recht, jeden sofort entlassen zu können, sondern lasse eine ange- messene Frist, wie auf dieser Seite landesüblich. Ich be- haupte, damit mehr zu erröden, als wenn ich einem Arbeiter Zwang auferlege, der sich bei mir nicht wohl fühlt. Sommer und Winter werden bei mir stets 20–25 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Im Winter werden viel Viehmelkstationen mit der Feldbahn gemacht und große Massen Kompost und Sand in die Wiesen gefahren.“

Die Arbeiter haben Winter und Sommer regelmäßig Arbeit. Für die Regentage im Sommer sind Scheun- arbeiten, Ausbesserungen in den Gebäuden, Säulen usw. vorzuziehen, am Sturm-, Schnee- und Regentage im Winter wird Feuerholz fürs ganze Jahr gemacht, außer der restlichen Dreiarbeit. Die Arbeiterinnen kommen im Sommer und Herbst fast regelmäßig im Winter erhalten diese auch, so weit sie kommen, Arbeit. Natürlich gibt es von De- zember bis Januar auch in der Familie viel Näh-, Bild- und Wascharbeit, weil im Sommer vieles liegen blieb.“

Die Kräfte — ich nenne sie Kräfte — erhalten das erste Jahre 210–240 Mk., auch mal etwas Zinsgeld und brauchen wie alle Arbeiter bei mir weder Invalidentarfen noch Krankengeld bezahlen. Der Lohn steigt jährlich um 15–20 Mk. bis über 300 Mk. pro Jahr, bei Wärdchen 210–270 Mk. Die Arbeiter erhalten ein halbes Jahr lang pro Tag 2 Mk., ein Vierteljahr pro Tag 1,75 Mk., ein Vierteljahr 1,50 Mk., Graswärdchen 0,40 Mk. pro Tag, circa, nebst 1/2 Morgen stielmäßig Kartoffelfeld, ein- schließlich etwas Wiese; soweit die Frau nach ein Wärdchen im Sommer fast regelmäßig, im Winter nach Bedarf zur Arbeit kommt, dafür außer dem Tagelohn, noch 1/2 Morgen Roggenland. Alles Land wird den Kräften für und fertig geackert, die Ernte eingetahren und getreidet bei voller Tagelohnauszahlung. Für Wohnungsmiete, Heizung muß der Arbeiter selbst sorgen; dagegen muß ich die notwendigen Holzstreuungen usw. umsonst, auch mal zurweil zur Stadt und um Vergnügen und selbstverständlich in Krankheits- und ähnlichen Fällen umsonst. Die Frauen und Mädchen erhalten pro Tag ein halbes Jahr 1,35 Mk., das andere halbe Jahr 1 Mk., im Winterhalbjahr ständig safter zum Frühstück und Bepfer. Bepferzeit wird bei mir immer ge- halten, auch wenn nur 5 Stunden gearbeitet wird. Kinder von 12–14 Jahren werden im Sommer zeitweise 6–10 beschäftigt. Sie erhalten pro Tag 1 Mk. bis 1,20 Mk. und darüber.“

Um die schönen Erinnerungen an die Erntezeit nicht zu verwischen, lasse ich nicht in Erfordern, um so ein halten und Zagen zu vermeiden, sondern lasse mit bestem Erfolg pro Mann und Tag einschließlich Frauen und Mädchen 1 Mk. mehr und dazu geordnete Getränke. Ranz hübsche Erinnerung knüpft sich an diese Bepferpausen, und vergnügt sich es dann nachher wieder an die Arbeit. Diese Erntepause sind für mich die schönsten des Jahres und nur im hungernen Falle bin ich nicht bei den Seiten.“

Ich die Arbeit nicht weit vom Haus, so trinkt ein in einer großen Stube gemeinsam Kaffee, sonst gemeinsam im Felde.“

Sehr wohl weiß ich, daß die Arbeiter an vielen Stellen höheren Verdienst haben, dafür ist aber die Arbeiterzeit wohl mit die fürchte im ganzen Reich. Ein halbes Jahr von 6–7 Uhr, bei zweikündiger Mittags-, Frühstücks- und Bepferpause zusammen, wobei die Wege zum Hof und zur

Einigkeit macht stark.

Das von den Gewerkschaften stets vertretene Prinzip, die Regelung der Arbeitsverhältnisse zunächst auf dem Verhandlungswege zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern herbeizuführen, ist auch in der Holzindustrie zur Geltung gekommen. Auffallend aber ist, daß gerade diejenigen Organisationsrichtungen, welche die Deutschen Gewerkschaften wegen dieses Prinzips früher auf das heftigste bekämpft hat, jetzt mit größter Entschiedenheit es durchzuführen sich bemüht. Der sozialdemokratische Holzarbeiterverband hat bereits in Berlin und in Eisenach mit dem Zentralverband des Arbeitgeberverbandes gemeinschaftliche Sitzungen abgehalten, in denen wichtige Punkte des Arbeitsverhältnisses erörtert wurden. Für den Oktober ist eine weitere Konferenz in Rassel in Aussicht genommen, in der über die Regelung der Arbeitszeit Vereinbarungen getroffen werden sollen. Wie es nur recht und billig ist, hatte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes verlangt, daß zu diesen Verhandlungen in Rassel je ein Delegierter vom Gewerbeverein der Tischler und vom Christlichen Holzarbeiterverband hinzugezogen würden. Die Antwort auf diese Forderung ist folgender Beschlusses des Hauptvorstandes des Holzarbeiterverbandes, der in der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wird:

Wir halten nach wie vor an unserem Standpunkt fest, daß unsere Interessenvertretungen in allen denjenigen Städten, wo die Mitglieder des Christlichen Holzarbeiterverbandes oder des Christlichen Danderschen Gewerbevereins der Tischler in nennenswerter Zahl in Betracht kommen, bei Verhandlungen usw. gehalten sein sollen, für ein gebührendes Zusammenarbeiten mit denselben einzutreten.

Dagegen müssen wir uninteressiert eine gemeinsame Verhandlung mit Vertretern des Christlichen Danderschen Gewerbevereins der Tischler und des Christlichen Holzarbeiterverbandes aus naheliegenden tatsächlichen Rücksichten vollständig ablehnen.

Einer solchen gemeinsamen Verhandlung möchte eine interne Beratung von Vertretern der genannten beiden Organisationen mit unseren Vorstandsvorstreitern voranzugehen, um zunächst untereinander eine allgemeine Verständigung herbeizuführen. Eine derartige Zusammenkunft von uns aus einzuleiten, sind wir gegenwärtig, namentlich infolge des fortgesetzten unvollständigen Verhaltens des Christlichen Danderschen Gewerbevereins, nicht in der Lage, aus wieweil wir nicht, ob auf Seite der beiden Organisationen eine solche Beratung gewünscht wird. Sollte ein dahingehender Vorschlag von denselben gemacht werden, so wird unser Vorstand gerne dazu Stellung nehmen.

Die Art, wie hier gegen die anderen Organisationen vorgegangen wird, ist nicht geeignet, diese zur Mitarbeit zu ermuntern. Darin soll dem Vorstände des Holzarbeiterverbandes ohne weiteres recht gegeben werden, daß den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband eine Beratung unter den Vertretern sämtlicher Arbeiterorganisationen voranzugehen müßte, schon um eine Verständigung über die einschlägigen Taktik herbeizuführen. Wenn aber in dem angeführten Beschlusse schon von vornherein die Rede ist von „unvollständigem Verhalten“ des Christlichen Danderschen Gewerbevereins, und wenn im Schlußsatz gesagt wird, der Vorstand des Holzarbeiterverbandes werde „Stellung nehmen“, wenn die übrigen Organisationen eine Zusammenkunft vorschlagen, so spricht das dafür, daß der Holzarbeiterverband schon jetzt kaum an ein gemeinschaftliches Vorgehen denkt. Aus dem ganzen Tone des Beschlusses klingt überdies ein derartiger Tadel und Hochmut heraus, daß sowohl der Gewerbeverein, als auch der Christliche Verband es sich zehnmal überlegen werden, ob sie in dieser wichtigen Frage mit dem Holzarbeiterverband Hand in Hand gehen sollen.

Es ist bedauerlich, daß auf diese Weise fortwährend ein Zusammenwirken der verschiedenen Organisationsrichtungen erschwert und den Unternehmern stets von neuem wieder ein Bild der Zersplitterung und Ohnmacht der Arbeiterkraft vor Augen geführt wird. Wer es ehrlich meint mit der Arbeiterkraft, der darf dazu seine Hand nicht bieten. Es wäre gar nicht wunderbar, wenn der Arbeitgeberverband schließlich angesichts dieser Vorgänge dem Holzarbeiterverband überhaupt keine Zugeständnisse machte. Der leidtragende Teil wäre dann wieder die Arbeiterkraft selbst, und die Verantwortung dafür hätte allein der Holzarbeiterverband zu tragen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 8. Oktober 1907.

Unsere Befürchtungen, daß die günstige Geschäftslage ihren Höhepunkt erreicht überschritten hat, erhalten eine Bestätigung durch verschiedene Mitteilungen in der Presse. Diesfalls macht sich nämlich bereits eine starke Ueberfüllung des Arbeitsmarktes mit Arbeitskräften bemerkbar. Der Quartalswechsel am 1. Oktober scheint da seine Wirkungen zu äußern. Der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte teilt mit, daß er noch niemals in seinem Statistischem ein so starkes Angebot von Arbeitskräften und eine so niedrige Zahl von Nachfragen gehabt hat, wie in diesem Jahre. Zeitweilig habe er sich genötigt gesehen, sein Stellenvermittlungsbüreau gänzlich zu schließen. Groß- und

Arbeit mitrechnen zur Arbeitszeit. Im Dezember und Januar 7-7 1/2 Stunden, 4 Monate 8-10 1/2 Stunden, Sonnabends, auch im Sommer, ist um 6 Uhr Feierabend! Freilich geht die Arbeit dann auch ziemlich flott, so wie man es von den fleißigen Arbeitern, die das Interesse ihres Arbeitgebers wahrnehmen, verlangen kann.

Ich behaupte, in erster Linie muß die Arbeiterschaft sich wohl fühlen, um auf dem Lande zu bleiben; ich plägere jeden Rat darüber, die Arbeit zu besprechen, nehme ich eine Arbeitszeiteinstellung nachzusehen. Das erweckt Interesse. Und dann, wenn mal der Arbeiter ungünstig ist, z. B. in der Ernte der Regen über stürzend eintritt, gewiß ist das unangenehm und manchmal sehr furchtbar, dann aber hätte man sich, die Arbeiter als Hilfsarbeiter zu benutzen. Ich verwerfe die solchen Sitzungen grundsätzlich jede Zustimmung, solange vielmehr dafür, daß die Arbeiter nicht verdrängt werden, sondern in guter Stimmung bleiben, durch Unterhaltung oder auch durch Bewährung von Getränken. Ich habe gefunden, daß dadurch weit mehr zu erreichen ist, als durch unnützes Loben. Oftmals soll man so alles und noch mehr wieder ein. Meine Leute haben beim Einfahren schon manchmal für doppelt gearbeitet und durch ein gemeinsames einfaches Abendbrot wurde dann der Tag beschloffen und so ohne nennenswerte Schwierigkeit die Ernte geboren.

Dann die Behandlung! Ich rede die Frauen nicht, wie vielerorts Brauch, an wie z. B.: Knäufel oder Knäufel; Günstliche resp. Günstliche! Das ist unbillig, unpraktisch, faktisch unflug und der Keuzett nicht mehr entsprechend. Von mir hört man nur: Frau Knuth, Frau Günstler u. s. w., und die jungen Frauen, die ich als Mädchen kannte, werden weiter beim Vornamen genannt. In Reginzeiten liegt heute viel.

Damit ich am Tage angehört zwischen meinen Leuten sein kann habe ich für die meisten schriftlichen Arbeiten, die bei mir ziemlich ausgedehnte sind, ein Mädchen mit guter Handschrift aus dem Kreise meiner Leute angelehnt, welches natürlich nur einen Teil Zeit dazu braucht und sonst mitarbeitete. Dadurch wird mir ein großes Stück Arbeit abgenommen.

Streng wird darauf gehalten, daß in meiner Abwesenheit meine Leute ebensolche leisten bei strengster Ordnung, als wenn ich dabei bin. Dagegen freize ich mich, wenn es in meiner Gegenwart recht lustig und ungezwungen zugeht. Wichtig ist es, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen den Aufsichtsbefehl nicht nur als den strebenden Aufsicht betrachten. Durch seine Anwesenheit wird die Lust und Liebe zur Arbeit gefördert werden. Tut daher jemand in meiner Abwesenheit seine Pflicht und Schuldsigkeit nicht, so verzeihe ich das in den allerersten Fällen.

Niemals werde ich einem meiner Leute, welcher anderweitig Arbeit nimmt, Solches nachgeben, dulde es auch nicht, daß in meiner Gegenwart derselben der bekannte Geisttritt verlegt wird. Dieses Verhalten hat mit wiederholt die Arbeiter wieder zugeführt, welche anderweitig sich verdienen wollten.

Im Sommer sige ich stets, wenn meine Leute anwesend sind, mit diesen am Tisch zusammen; wo das nicht angebracht ist, da gehe ich nicht hin. Natürlich wird auch manch beides Zeit bei mir gefeiert. Im Winter werden unsere geselligen Abende veranstaltet, und es vergeht bald kein Tag im Jahr, daß nicht einige meiner Leute den Abend bei mir verbringen. Etwa 10 mal wird im Jahre bei mir in meiner großen Stube, wo 120 Personen Platz haben, nach guter Braut getanzt. Bei solchen Festlichkeiten geht es streng ordnungsmäßig zu — was auch überall anerkannt wird — wobei ich erwähne, daß sich „Alle“ bei solchen Vergnügen ohne Ausnahme hervorragend amüsiert, wozu auch wohl beiträgt, daß das ganze Haus an diesen Tagen meinen Leuten zur Verfügung steht und jeder das selbe Recht hat wie ich. Am Ritters Geburtstag wird von 4 Uhr nachmittags bis zum nächsten Tage gefeiert. Außer meinen Leuten nehmen daran auch viele Gäste teil. Nach einem Vergnügen beginnt im Winter die Arbeit 1/2 Tag später. Auch kann sich jedermann den Rest des Tages etwas drücken.

Ich will nicht prahlen, aber ich kann ruhig behaupten, daß bei mir in Alt-Thymen wohl mit das beste Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herrscht und dieses ein festes Bollwerk ist, woran jeder Ansturm scheitert. Wer allerdings denkt, bei mir hübsche Aufschwung, elegante Pferde und viel Luxus zu finden, der ist auf dem Holzwege. Wenn aber jemand eine Wirtschaft in praktischer Hinsicht auf der Höhe der Zeit sehen will, ferne eine sich wohl führende Arbeiterschaft die ihrem Arbeitgeber auch in schweren Zeiten treu zu Seite steht, so man es aber auch versteht, gemeinsam und ohne jeden Zwang im geselligen Kreise von den Röhren des Tages sich zu erholen, den habe ich ein, und in Alt-Thymen einmal zu besuchen. Die Besucher werden sicher das Bewußtsein mitnehmen, daß es sich in einer Wirtschaft, welche konsequente Arbeitskräfte noch vor einigen Jahren als landwirtschaftlich verlorne Boden bezeichnet, möglich ist, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein gutes Auskommen zu schaffen, in dem man Arbeitermangel und Landflucht nicht kennt.

Alt-Thymen, im September 1907.

Glass Pökel.
Die Wirkung dieser Zuschrift eines praktischen Landwirtes würde durch Zusätze von unserer Seite nur abgeschwächt werden. Wir geben sie deshalb ohne weiteren Kommentar wieder. Einziges wollen wir lediglich, daß uns von einem Gewerkschafts-Kollegen in führender Stellung, der Gelegenheit hatte, das Gut zu besuchen und sich mit den Arbeitern zu unterhalten, die obigen Angaben vollständig bestätigt worden sind. Mögen die Herren Agrarier ihre Lehren daraus ziehen!

Kleinhandelsgefächte leiden gleichmäßig. Auch aus Offen kommt die Nachricht, daß seitens der Firma Krupp zahlreiche Arbeiterentlassungen vorgenommen sind, die in die Hunderte gehen, und es sollen weiterhin noch 3-5000 Mann entlassen werden. Alles dies sind Anzeichen, daß wir vor einer Krise stehen. Da ist es die Aufgabe aller bisher noch indifferenten Arbeiter, sich schleunigst einer Organisation anzuschließen, damit sie wenigstens vor der schlimmsten Not bewahrt bleiben.

Ein Arbeiter-Jahrbuch für das Jahr 1908.

wird vom Buchverlag der „Hilfe“, Berlin-Schöneberg, demnächst herausgegeben. Alle größeren Arbeiterorganisationen haben seit längerer oder kürzerer Zeit für ihre Mitglieder ein Taschenbuch mit Kalenderium und nützlichen Notizen herausgegeben. Nur für die große Gemeinschaft der Deutschen Gewerkschaften (Hilfs-Dunker) fehlt ein solches. Nachdem nun auch das Taschenbuch für den Gewerbeverein der Maschinenbauer seine Neu-Auflage erfahren soll, wird unter Zustimmung des Zentralrats, unter der Redaktion und Mitwirkung der hervorragendsten Gewerkschaftsführer, namhaftester Parlamentarier, Volkswirtschaftler und Schriftsteller ein neues Arbeiter-Jahrbuch 1908 im Buchverlag der „Hilfe“ erscheinen. Es ist zwar in erster Linie den Mitgliedern der Hilfs-Danderschen Gewerkschaften gewidmet, bietet aber in seinem reichen Inhalt so außerordentlich viel, was die Arbeiter, die Arbeiterfamilien und Arbeiterfreunde jeder Richtung und Schattierung interessieren muß, daß dieses Jahrbuch ein wertvolles und handliche Taschenbuch in den weitesten Kreisen gekauft werden wird.

Aus dem Inhalt der 200 Seiten nennen wir nur: Die Arbeiter und die Wahlen von Landtagsabg. Karl Goldschmidt; Der Arbeiter in der Volkswirtschaft von Reichstagsabg. Dr. Raumann; Die Reform des preussischen Landtagswahlrechts von Reichstagsabg. Nestor Kopsch; Die evangelischen Arbeitervereine von Pfarrer Rißter-Höflich; Die Organisation der technischen Privatbeamten und Ingenieure von Prof. Hermann Hummel-Karlruhe; Die Gewerkschaften und ihre Gegner von Generalsekretär Gustav Hartmann; Der Verein der Deutschen Kaufleute in der Arbeiterbewegung von Redakteur Paul Erdog; Einige Gedanken über Erziehung von Arbeiterkindern von Dr. F. D.; Aufrichtigkeiten im Arbeiterheim von Joh. A. Euz; Ein Winterprogramm für Unterrichtsturse, Wink für Redner; Wie richtet man einen Vertrauensmänner-Apparat ein? Wie arrangiert man öffentliche Versammlungen? Außerdem eine bald endlose Reihe von wissenschaftlichen Mitteilungen, Zahlen, Tabellen über die Gewerkschaften, die soziale Vererbung, aus der Volkswirtschaft, Politik und dem Staatsleben, dazu natürlich ein umfangreiches Kalenderium und ein Notizkalender. Das Ganze wird durch ein stimmungsvolles Geleitwort von Anton Erkelenz eröffnet, und das Titelblatt durch die Wiedergabe der Saemann-Staue von dem großen belgischen Bildhauer Meunier geschmückt. Das Büchlein wird in etwa vierzehn Tagen vorliegen. Wir machen die Verbandsgenossen und Genossinnen schon heute darauf aufmerksam und empfehlen die Anschaffung dringend. Der Preis von 50 Pfg. ist erstaunlich billig. Bestellungen werden von den Kassieren der Ortsvereine entgegengenommen.

Der Parteitag der nationalliberalen Partei.

der vergangene Woche in Wiesbaden stattgefunden hat, beschäftigte sich auch mit der Arbeiterfrage. Leider kamen die Anträge nationalliberaler Arbeiter aus dem Saargebiet betreffend Koalitionsrecht beziehungsweise Beurteilung der gelben Gewerkschaften, auf deren Erledigung man mit Recht gespannt sein durfte, nicht zur Verhandlung, da die angeklagten Vertreter die Frage nicht anschnitten. Dagegen sollte unser Kollege Fleischer-Dresden die Arbeiterfrage auf und forderte energisch die Unterstützung der nationalen Arbeiterbewegung, unter welcher er nicht die von gewissen Unternehmern beherrschten gelben Gewerkschaften, sondern die neueren Datums verstanden wissen wollte. Kollege Fleischer sprach die Erwartung aus, daß die nationalliberale Partei sich diesen Organisationen gegenüber ablehnend verhält, der rein wirtschaftlichen nationalen Arbeiterbewegung aber ihre Unterstützung leisten wird. Er verlangte ferner, daß auch Vertreter der Arbeiter, die sich politisch betätigen wollen, in die Ehrenämter der Partei berufen und für Reichs- und Landesparlamente als Kandidaten aufgestellt werden, in Kreisen, in denen auch Aussicht auf Erfolg vorhanden ist.

Hoffentlich bleibt es nicht bei dem Besfall, der unseren Kollegen für seine Ausführungen geollt wurde, sondern die von ihm aufgestellten Grundzüge und Forderungen finden auch die geblühende Berücksichtigung. Davon würden Arbeiterkraft und Partei jedenfalls den größten Vorteil haben.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Bergarbeiter in der Niederlausitz dauert fort. Es ist leider vielfach zu bedauerlichen Ausschreitungen gekommen, die von der einen Seite den Streikenden, von diesen wieder den Arbeitswilligen zur Last gelegt werden. Im ganzen ist die Situation unbedeutend. In ganzem ist die Situation unbedeutend; die Zahl der Ausschreitungen beträgt etwa 1300. — In einem Konflikt ist es zwischen dem großen Warenhaus von Jandorf in Berlin und den dort angestellten Hausdienern und Padern gekommen, die zum großen Teile die Arbeit niedergelegt haben. Die Ursache des Konflikts besteht darin, daß die Firma von den Hausdienern die Unterzeichnung eines Vertrages verlangte, wodurch diese sich zur Zahlung einer Konventionstrafe von 101 Mk. für den Fall des Kontraktbruchs verpflichten. Die Summe von 101 Mk. wurde gewählt, um die aus dem Vertrage eventuell entstehenden Streitigkeiten der Kompetenz des Gewerbegerichts zu entziehen. — In Düsseldorf sind bei der Firma Siby etwa 100 Klempner, Emaillearbeiter und Maler in eine Lohnbewegung eingetreten und haben die Kündigung eingeklagt. — Ebenfalls die Kündigung eingeklagt haben in Potsdam die Schuhmachergesellen, welche eine 10-15prozentige Lohnsteigerung fordern. Da die Meister erklärt haben, keine Zugeständnisse zu machen, ist ein Streik ziemlich wahrscheinlich geworden. — Nach beinahe 1/2jähriger Dauer ist in Magdeburg der Streik der Klempner und Installateure durch Vermittlung des Einigungsamtes des Gewerbegerichts beendet worden. Wesentliche Erfolge haben die Streikenden in dem ihnen bewilligten Tarif nicht erzielt.

In New Orleans (Amerika) sind 2000 Baumwollarbeiter in den Streik getreten, der weitere Preise gezogen hat dadurch, daß die Eisenbahnwagen sich weigern haben mit Arbeitern zu arbeiten, die der Vereinigung der Baumwollarbeiter nicht angehören. — Etwa 1400 Metallarbeiter sind in Zürich ausgepickert worden, weil eine Firma sich weigerte, die auf einem Neubau arbeitenden Arbeitswilligen zu entlassen. Daraufhin hatten die Arbeiter in einigen Betrieben die Arbeit eingestellt, und die weitere Folge war die Auspflanzung seitens der Unternehmer. — Die passive Resistenz der österreichischen Eisenbahner dauert fort. Der Güterverkehr stockt auf einigen Strecken ganz, mehrere jahrelange Zug sind aus dem Verkehr vollständig ausgeschaltet. Es verlautet jedoch, daß seitens des Handelsministeriums Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts angebahnt worden sind. — In Mailand, Genua und anderen großen norditalienischen Städten ist ein umfangreicher Streik der Gasanstaltsarbeiter ausgebrochen. Um wenigstens einigermaßen die Beleuchtung in der Stadt zu sichern, ist Militär zur Hilfeleistung herangezogen worden.

Wahlfreiheit und Sozialdemokratie. Vor kurzem haben in München die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse stattgefunden. Von den 20407 abgegebenen Stimmen erhielten die Sozialdemokraten 13588, die Gegner 6889. Letztere legten darauf bei der Aufsichtbehörde Protest gegen die Gültigkeit der Wahlen ein, weil große Mißbräuche den Sieg der Sozialdemokraten herbeigeführt hätten. Aus der Protestschrift teilt die „Tagl. Rundschau“ folgende Blüthenlese mit:

„Für die rund 70 000 wahlberechtigten Mitglieder der Ortskrankenkasse hatte die sozialdemokratische Kampfbewegung ganze fünf Wahllokale zur Verfügung gestellt, so daß sehr viele Mitglieder die Ausübung ihres Wahlrechts einfach verweigert wurde (bei der Reichstagswahl waren für 183 000 wahlberechtigter Sozialdemokraten 135 Wahllokale bereitgestellt worden). Die nichtsozialdemokratischen Bittelverdiener vor den Wahllokalen wurden in der gemeinsten Weise beschimpft, mehrfach mußte die Hilfe der Polizei gegen den Terrorismus der Genossen in Anspruch genommen werden. Hier feinen sozialdemokratischen Wahlzettel annahm, wurde verhindert an die Wahlurne zu gehen. Besonders die wahlberechtigten Arbeiterinnen waren dem rohen Benehmen der Genossen ausgesetzt. Als nachgewiesenermaßen die Stimmzettel der freien Gewerkschaften ausgegeben waren, vertrieben in einem im Stadthaus gelegenen Wahllokal, in welchem allein mehr als 40 v. H. aller Wähler ihr Wahlrecht ausübten, der Wahlleiter, ein sozialdemokratisches Kampfbewegungsmittel, das Wahlgeschäft in gänzlich anderer Weise, indem er durch absichtlich verzögerte Prüfung der Legitimationen die Fortsetzung der Stimmabgabe aufhielt. Im gleichen Wahllokal ergab sich bei der Stimmabgabe, daß mehr Wahlzettel in der Urne lagen, als Wahllegitimationen abgestellt waren. Die christlichen Vertreter im Wahlausschuß forcierten selbstverständlich eine nachmalige Zählung. Sie wurden daraufhin mit allerlei Mitteln so lange terrorisiert, bis sie ihre Stellen niederlegten. Damit die Lust ganz rein sei, ließ der sozialdemokratische Wahlleiter dann noch das Sozialtraumen. Eine öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe war so vollkommen unmöglich gemacht. Mehrere Hunderte von Wählern, die beim Ablauf der Wahlfrist schon im Wahllokal anwesend waren, wurden überdies entgegen der gesetzlichen Vorschrift, nicht mehr zur Wahl zugelassen. Ferner wurde angeordnet, daß sich die Kampfbewegung in der Ausfertigung von Wahllegitimationen die größten Angehörigen

letzen hatte zuzulassen kommen lassen. Legitimationen der christlichen Arbeiter waren von Kassabeamten der Vertreter der freien Gewerkschaften angefertigt worden. So gar unangenehm, aber mit dem Kasstempel versehen Legitimationsformulare wurden von den Kassabeamten hinausgegeben, andere Legitimationen ohne Prüfung doppelt und dreifach auf denselben Namen ausgestellt, sogar auf Namen, die gar nicht existierten.“

Selbstverständlich hat die Regierung von Oberbayern auf Grund dieses Belastungsmaterials die Vertreterwahlen für ungültig erklärt. Der Vorgang zeigt aber, mit welchen Mitteln seitens der Sozialdemokratie gearbeitet wird, wenn es gilt, die Vorkherrschaft in irgend einer Körperschaft an sich zu reißen. Und diese Leute bekommen es fertig, sich über die Wahlbeeinflussungen, wie sie seitens der Agrarier auf dem Lande häufig getrieben werden, zu enträsten. O, über diese Schamlosigkeit!

Die Einigungsversuche der sozialdemokratischen Zentralverbände mit den Vorkollegationen scheinen bei den letzteren wenig Segenliebe zu finden. Kürzlich hat auch der Solinger lokale Industriearbeiterverband auf seiner Generalversammlung eine Resolution angenommen, durch welche der Vorstand beauftragt wird, alle Einigungsvorschläge, die darauf hinauslaufen, die Entlassungsfähigkeit des Industriearbeiterverbandes zu sichern, sowie solche, die eine Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband empfehlen, als unzulässig zurückzuweisen. Diese Abgabe läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Man kann sie aber verstehen angesichts der Mitteilungen, die der „Genosse“ Rater über die in den Zentralverbänden herrschende Korruption kürzlich gemacht hat.

Ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will, doch stets das Gute schafft, scheint die Sozialdemokratie zu sein. Auf dem nationalliberalen Parteitag stand u. a. die preussische Wahlrechtsfrage zur Debatte. Der Abg. Wajermann erklärte dazu, daß für die Partei die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den Landtag nicht in Betracht komme. Dagegen sei sie der Meinung, daß das Klassenwahlrecht auf die Dauer nicht gehalten werden könne, ebensowenig das indirekte Wahlrecht. Dann aber führte Herr Wajermann unter lebhafter Zustimmung aus, er möchte glauben, daß auch die öffentliche Wahl nicht aufrecht zu erhalten ist. Schon mit Rücksicht auf den notorischen Terrorismus der Sozialdemokratie sei die Abschaffung der öffentlichen Stimmabgabe notwendig.

Danach will die nationalliberale Partei für das allgemeine, direkte und geheime, nicht aber für das gleiche Wahlrecht eintreten. Dieser Standpunkt ist überaus bedauerlich. Aber bezeichnend ist, daß sie für das geheime Wahlrecht zu haben ist, lediglich wegen des von der Sozialdemokratie angewandten Terrorismus. Benutzt ein Vorteil!

Neben das schiedsgerichtliche Einigungsverfahren in Kanada macht Dr. Barth in der „Zitt. Ztg.“ recht interessante Mitteilungen. Er schildert, wie mit dem Aufblühen der Industrie auch die industriellen Krankheitsversicherungen, die Streiks und Aussperrungen sich eingestellt haben. Um diesen vorzubeugen hat die Bundesregierung ein Gesetz durchgebracht, das seit dem März d. J. in Kraft ist und auch in den Reihen der organisierten Arbeiter Anklang gefunden hat.

Seine Bestimmungen beschränken sich vorstichsweise auf solche Betriebe, in denen mindestens zehn Personen beschäftigt sind und die ein öffentliches Interesse mehr oder weniger nahe berühren. So fallen alle Bergwerke, das ganze Transportwesen, (speziell der Eisenbahn- und Telegraphendienst, die Beleuchtungs-Industrie, die Schiffahrt, Wasser- und Kanalarbeiter obligatorisch unter die Bestimmungen des Gesetzes. Fakultativ kann aber auch jeder andere Betrieb darunter gebracht werden, sobald beide streitenden Teile es wünschen. Die Bedeutung des Gesetzes liegt darin, daß es kein Zwangsgerichtsverfahren, sondern nur ein Zwangsuntersuchungsgericht vorsieht. Arbeiter und Unternehmer in den obligatorischen Betrieben verfallen beträchtlichen Geldstrafen, wenn sie Streiks oder Aussperrungen förmlich, ohne deren Streik über die Arbeitsbedingungen vorher anzukündigen (für diese bestimmten Fall d. H. H.) gebildeten Schiedsgerichtlichen Untersuchungsgericht, bestehend aus drei Personen, von denen jede Partei eine wählt, unterstellt zu haben. Bis zum Ende der Untersuchung dürfen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht geändert werden. Das Untersuchungsgericht fällt sein Urteil nach Recht und Billigkeit. Reiner der streitenden Teile ist oder so lassen Spruch gebunden. Will er sich nicht daran fügen, so kann er dann tun, was er will, streiken oder aussperrn. Die Verhandlungen des Untersuchungsgerichts sind öffentlich. Die Untersuchungskommissionen, die mit richtiger Gewalt ausgerüstet sind, werden aus der Bundeskasse, die übernahm die Kosten des gesamten Verfahrens trägt, entschädigt.

Die Resultate, die bisher mit dem Gesetze erzielt worden sind, sollen durchaus befriedigend sein und haben in Dr. Barth den Wunsch erweckt, daß ähnliche Einrichtungen auch in Deutschland geschaffen werden müßten.

Die Fortsetzung aller Lebensmittel tritt deutlich zutage in einer Statistik, die der Preussische Beamtenverein in Breslau veranlaßt hat und die sich auf die wichtigsten Lebens- und Verbrauchsmittel für den Zeitraum von 1896-1906 erstreckt. Als Grundlage dienen bei Geschäftsleuten eingeholte Auskünfte sowie die von Vereinsmitgliedern gesicherten Wirtschaftsbücher. Einer in der „Schief. Ztg.“ veröffentlichten Zusammenstellung der Ergebnisse dieser Statistik ist zu entnehmen, daß Brot, Fleisch und Milch um 10-20 pCt im Preise gestiegen sind. Von den sonstigen Lebensmitteln sind teurer geworden Butter um durchschnittlich 25 pCt., Eier sind gestiegen um 28, Kartoffeln um 22, Weizen um 10, Ock um 14, Hülsenfrüchte um 27 bis 85, Getreide um 11 bis 20, Hirse um 45, Semmel um 27, Zwieback um 17, Heringe um 20 pCt. Die Preise für Feuerungsmaterial sind um 15 bis 22, für Hausgeräte um 15 bis 20 pCt. in die Höhe gegangen. Der Preis der Seife ist um 60 pCt. gestiegen. Ebenso erfordert die gesamte Kleidung erheblich höhere Ausgaben. Männer- und Kinderhüte sind um 10 bis 25, Frauenhüte um 30, Pelzwäsche um 33 1/2, baumwollene Unterbekleidung um 20 bis 25, wollene um 16 bis 28, Oberbekleidung um 20 bis 50, Schuhwerk um 10 bis 25, Schirme, Handschuhe und dergleichen um 25 bis 28 pCt. teurer geworden. Außerdem sind die Wohnungen im Preise um fast 25 pCt., das Schulgeld um 20 pCt. erhöht, die Bücher sind durch Wegfall des Rabatts um 5 bis 10 pCt. teurer geworden. Ebenso haben sich die Arztgebühren und Arzneikosten sowie die Kirchensteuern erhöht.

An diesen Tatsachen ist leider nicht zu rütteln. Ihre Wirkungen verspüren die Familien der Arbeiter zum mindesten ebenso sehr wie die der Beamten. Wenn aber als eine der besonders ins Auge fallenden Ursachen der Teuerung die Steigerung der Arbeitslöhne angeführt wird, so verwehrt man denn doch Ursache und Wirkung. Gewiß wollten die Arbeiter ihre Lage verbessern. Dazu haben sie das Recht und die Pflicht. Die Hauptursache für die mangelhaften Verhältnisse ist aber die verkehrte Wirtschaftspolitik, die durch schlechte Handelsverträge, Grenzsperrn und ähnliche Maßnahmen die Preise in die Höhe getrieben hat. Das demgegenüber auch die Arbeiter mehr verdienen müssen, ist doch selbstverständlich. Also die höheren Löhne sind in der Hauptfache erst die Folge der Wirtschaftspolitik, die gerade von der „Schief. Ztg.“ einstig gefördert worden ist.

Die Interimskurse für Arbeiter, welche von der Freien Studentenschaft der Universität Berlin veranlaßt werden, nehmen ihren Anfang am 4. November und enden in der zweiten Woche des März. Es soll darin besonders älteren Arbeitern, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, Gelegenheit zu einer gründlichen Ausbildung in Deutsch, Rechnen, Geometrie, Geographie und Schönschreiben geboten werden. Auch ein Kursus über Arbeiterversicherung wird für fortgeschrittenere abgehalten. Jeder Kursus findet wöchentlich einmal statt, und zwar in den Abendstunden von 8-10 Uhr im Gebäude des Zentralarbeitsnachweises, Ritterstraße 9, in der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niederwallstraße 12, und in der VII. Realschule, Mariannenstraße 47. Die Anmeldungen zu allen Kursen haben am 24., 25. und 26. Oktober, abends 8-9 1/2 Uhr, Ritterstr. 9, links part., zu erfolgen. Zur Dedung der Kosten wird für jeden Kursus ein einmaliger Beitrag von 50 Pfg. erhoben, zu dem in den Rechnungsurten, den deutschen Kursen, dem Arbeiterversicherungskursus, in Geometrie und Geographie noch 25 Pfg. für Lehrmaterial kommen.

Für die in Charlottenburg und Moabit wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen verweisen wir auf die freien Fortbildungskurse für Arbeiter der Wissenschaft der Technischen Hochschule, die ebenso Gelegenheit zu einer gründlichen Ausbildung in den elementaren Unterrichtsfächern bieten. Der Unterricht wird in der Gemeindehalle III, Schloßstraße 2 (Charlottenburg), erteilt. Anmeldung: Sonnabend, den 26. Oktober, abends 8 1/2-9 1/2 Uhr. Programme sind bei Herrn A. Kaufmann, Charlottenburg, Röntgenstraße 10, 1 Treppe links, zu haben.

Außer den Kursen finden gelegentlich Theaterbesuche, Vortragsführungen und Ausflüge statt.

Die 351. Veranstaltung des **Ferris für Volksunterhaltungen** (die erste in dieser Saison) findet am Sonntag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, im Bethohensaal in Berlin statt. Zur Aufführung gelangt das Szeptet von E. van Beethoven durch die Herren: Königl. Konzertmeister Professor F. Dessau (Violine), Königl. Kammermusik. Hob. Röndke (Viola), Königl. Kammermusik. Hr. Eppenhahn (Violoncello), Königl. Kammermusik. H. Bolle (Baß), Königl. Kammermusik. Professor D. Schubert (Klarin.), Königl. Kammermusik. H. Lange (Fagott), Königl. Chorleiter H. Hübel (Horn). Ferner werden mitwirken, Frau Jeannette Grumbacher - de Jong (Gesang), Herr D. Biemer (Regitation).